

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anwerbungen des Postamtes entgegen. - Erhalten werthigste Preisnach - Aufschlag Nr. 25.

Regelungsstelle für Anzeigen aus den und umliegenden 20 Zeitungen, auch wöchentliche Anzeigen an Zeitungen, National- und Lokalzeitungen, amtliche Zeitungen.

Telegramme: Kageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann. Postfach-Nr. 1000

Nr. 132

Sonnabend, den 7. Juni 1924

19. Jahrgang

Die Moral in der Politik.

Von Dr. Fritz M. d. N.

Daß als Auswirkungen des Krieges und der Revolution sich auch heute noch bei einzelnen Personen schwere sittliche Begriffsverwirrungen und moralische Verworfungen zeigen, ist eine schmerzliche aber psychologisch verständliche Erscheinung. Die beiden in der letzten Woche über die Szene gegangenen Prozesse sind hierfür ein neuer Beweis. In dem Untermann-Prozess sehen wir einen aus dem Gleichgewicht geworfenen früheren Offizier in sinnlosem Fanatismus nach dem Leben Maximilian Bardens trachten, im Prozeß Thormann-Grandel entrollt sich ein Bild konfus, aus niedrigen Instinkten handelnden, politischen Verbrechens. „Es ist wie nach dem dreißigjährigen Kriege als alte Soldaten morbidierend durchs Land zogen.“ So kennzeichnet treffend der Anklagevertreter diese Erscheinungen. Geradezu pathologisch aber ist die seelische und moralische Verwirrung, die aus dem Attentat gegen den österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel spricht. So verabscheuenswürdig die hier in Betracht kommenden Verbrechen sind, so vermögen sich doch Staat und Gesellschaft durch das Mittel der Justiz wenigstens einigermaßen gegen solche Mißhandlungen zu schützen. Gefährlicher als diese Einzelverbrechen ist die Erscheinung, daß moralische Verwirrung sich gerade in der letzten Zeit in Kreisen zeigt, die dem deutschen Volke politische Führer sein sollen. Die hinter uns liegende Regierungskrise ist ein außerordentlich bedenkliches Symptom nach der Richtung hin, daß politische Unmoral bei der parteimäßigen Behandlung der Staatsnotwendigkeiten geradezu als unentbehrliches Requisite betrachtet wurde. Ruffisch-Mos und mit allen Mitteln hiergegen anzukämpfen ist die Pflicht aller ihrer Verantwortlichen bewußten Politiker.

Der Ausgangspunkt zu dem würdevollen Spektakelstück der Regierungskrise war der Umstand, daß die Regierung Marx unter volksparteilichem Einfluß nicht den moralischen Mut fand, ihre Annahme der Sachverständigenurtheile vor dem neuen Reichstag sofort und rückhaltlos zu vertreten. Dieser Mangel an politischer Verantwortungsfreudigkeit und am Willen zur entschlossenen Tat hat das Ansehen der Regierung Marx stark ramponiert und hat das Milieu zu dem nachfolgenden widerlichen Spiel geschaffen. Die „Verhandlungen“ begannen. Die Absicht, die Deutschnationalen in die Regierungsverantwortung einzubeziehen ist an sich natürlich ein erörterungsfähiger Gedanke. Voraussetzung dieser Einbeziehung der Deutschnationalen mußte für die Regierungsparteien der Wille die Fortführung der bisherigen Außenpolitik sein, denn sie bildet den Anknüpfungspunkt unserer politischen und wirtschaftlichen Existenz. Die deutschnationale Fraktion vermaa nicht darauf zu verzichten, daß in der auswärtigen und inneren Politik des Reiches eine Kursänderung erfolgt und daß hierfür bei der Regierungsbildung sichere Garantien geschaffen werden.

Mit dieser klaren und unabweislichen Erklärung war der Gedanke einer Einbeziehung der Deutschnationalen in eine die bisherige Außenpolitik fortsetzende Regierung abgetan. So ist es wenigstens für einen außerhalb des berufsmäßigen Kreises stehenden Politiker eine Selbstverständlichkeit. Die Drahtzieher der Deutschnationalen und der Volkspartei dachten anders. Die „mißverständlichen“ Deutschnationalen erklärten sich erneut zu Verhandlungen bereit und die Deutsche Volkspartei, die eben erst ihre Rolle als „ehrlücher“ Maßstab für beendet erklärt hatte, kroch auf den deutschnationalen beim. Um sich wäre auch gegen eine Wiederannahme des Gedankens der Hineinnahme der Deutschnationalen in die Regierung nichts einzuwenden gewesen, aber selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß sie auf ihre Forderung der Kursänderung verzichteten. Und hier wandelte sich nun das ehrliche Geschäft in das Gegenteil von Ehrlichkeit. Mit allen möglichen Auslegestücken und Sophismen verfuhr man zwischen den die Kursänderung erstrebenden Deutschnationalen und den auf dem Boden der Annahme der Sachverständigenurtheile stehenden Parteien eine gemeinsame Regierungserklärung zu konstruieren, die dem In- und Auslande eine Uebereinstimmung vortäuschen sollte. In dieser Täuschungsabsicht war politische Torheit und politische Unmoral zu gleichem Prozentfuß verkörpert. Dem kurzen Gedächtnis des deutschen Wählers kann man ja ungläublich viel zumuten, aber man kann nicht verlangen, daß das Ausland an eine Verheißung des bisherigen Kurses der deutschen Außenpolitik glauben soll, wenn eine Partei führenden Einfluß in der Regierung erhält, die fordern ein Aufheben dieses Kurses verlangt hat und die das Haupt des bisherigen Trägers dieser Politik, des Außenministers Stresemann fordert.

Der Kampf um Stresemann verkörpert den zweiten großen Komplex von Unehrlichkeiten. Die einfache, nackte Wahrheit ist die, daß die volksparteiliche Fraktion Stresemann geopfert haben würde, wenn um diesen Preis eine Einigung mit den Deutschnationalen zu erzielen gewesen wäre. Formell und in ihren Kundgebungen ist die Fraktion für Stresemann eingetreten, aber überall fand sich die jedem Kundigen und auch für Dr. Stresemann nicht mißverständliche Einschränkung „solange er selbst sich für dieses Amt zur Verfügung stellt“. Hier wäre selbstverständlich der Nebel angelegt worden, wenn es gegolten hätte, den Deutschnationalen zuliebe Stresemann aus der Regierung hinaus zu bugstieren. Es ist geradezu unerhört, wenn jetzt nach Beseitigung der Gefahr die volkswirtschaftliche Fraktion erklärt: „Die Deutsche Volkspartei ist nicht bereit, den Kopf ihres Parteiführers einer anderen Partei zu opfern“. Soweit bei diesen Vorwürfen die Begriffe von Dank, Treue, Parteizusammenhalt eine Rolle spielen, ist dies interne Angelegenheit der Volkspartei, aber soweit die politische Wahrhaftigkeit dabei in Frage steht, bedürfen die Dinge doch auch außerhalb der Volkspartei einer sehr gründlichen Würdigung. Man soll als Politiker immer kon-

stet sprechen und handeln, und von diesem Standpunkt aus muß folgendes klar ausgesprochen werden: wenn die volksparteiliche Fraktion an den Beginn ihrer Verhandlungen mit den Deutschnationalen uneingeschränkt und ohne sophistische Vorbehaltsklauseln den Satz gestellt hätte: ein Wechsel in der Befehung des Außenministeriums ist für uns nicht erörterungsfähig, dann war die Situation von Anfang an geklärt, und wir standen schon vor 14 Tagen dort wo heute unter viel Einbuße an Stolz und Ansehen die neue Regierung Marx steht. Und wenn jetzt die Volkspartei in ihrer Schlussbetrachtung sagt: „rasche Beendigung der Regierungskrise ist das Gebot der Stunde und die Forderung des Volkes so mag ihr von denen, die von vornherein dieses Gebot erkannt und nach ihm gehandelt haben, gesagt sein: niemand hat so sehr gegen diese Erfordernisse gekämpft, wie die Verhandlungsführer der Deutschen Volkspartei. Klarheit, Wahrhaftigkeit, Geradlinigkeit führen auch in der Politik am schnellsten und sichersten zum Ziele, und gerade die demokratische Republik hat allen Anlaß, moralische Eroberungen zu machen, nicht aber Konzeptionen an die politische Unmoral.“

Der Sieg der Reichsregierung.

Der Vertrauensantrag im Reichstag mit 247 gegen 183 Stimmen angenommen.

Das Kabinett Marx-Stresemann hat für seine nächsten außenpolitischen Aufgaben eine allernmögliche festgestellte Mehrheit im neuen Reichstag hinter sich. Das ist das Ergebnis der weitläufigen ausgedehnten Reichstagsdebatten, die sich an die Regierungserklärung angeschlossen. Alle Oppositionskräfte hatten sich zusammengedreht, um ein Misstrauensvotum und damit den sofortigen Sturz der neuen Regierung, womöglich auch die Auflösung des Reichstages zu erzwingen. Sie hatten nicht nur für fast lückenlose Anwesenheit aller ihrer Mannen, sondern auch für raffinierte Anträge gesorgt, um ein Vertrauensvotum für die Regierungserklärung möglichst zu erschweren. Trotzdem hat das Kabinett Marx-Stresemann eine Mehrheit von 84 Stimmen bei der namentlichen Schlussabstimmung über den Vertrauensantrag mit der Begründung der Mittelparteien gefunden. Die politische Gesamtlage ist damit wesentlich geklärt und die neue Regierung ist in die Lage versetzt worden, nun sofort energisch, wie sie es ausgeht hat, an die Ausarbeitung der Gesetze zur Durchführung des Sachverständigenurtheiles heranzutreten. Die bis zum Ueberdruß wiederholte falsche Behauptung der Deutschnationalen und Deutschpolitischen, daß die letzte Reichstagswahl einen völligen Umschwung in den Parteiverhältnissen und damit auch in der deutschen Gesamtpolitik gebracht habe, darf nun endgültig als widerlegt gelten.

Die Reichsregierung hat keine Zweidrittelmehrheit für ihre Regierungserklärung erhalten. Aber das kann niemanden überraschen, der sich über die Machtverteilung im neuen Reichstag klar ist. Wenn wirklich später über die Verabschiedung der Gesetze die Zweidrittelmehrheit erforderlich sein wird, können natürlich neue große Schwierigkeiten und Gefahren entstehen. Aber darüber werden noch Wochen hinweg und für die Haltung der Oppositionsparteien wird es sich dann nicht bloß um den Sturz der Reichsregierung, sondern unmittelbar um die Frage Frieden oder neuer Krieg handeln. Man mag durch die Debatten der letzten Tage noch so starke Eindrücke über den Mangel an Verantwortungsbewußtsein bei den Oppositionsparteien erlebt haben: Die Hoffnung, daß sie bei äußerster Zuhaltung der Verhältnisse nicht völlig verfallen werden, muß man trotzdem aufrecht erhalten bis zum Beweis des Gegenteils.

Verlauf der Reichstagsitzung vom 6. Juni.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung um 10,20 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantwortet Abg. Schöler (Komm.), einen Antrag auf die heutige Tagesordnung zu setzen, der Einspruch erhebt gegen das Verbot des „Roten Tages“ in Leipzig. Da Abg. Kahl (D. Sp.) Widerspruch erhebt, kann der Antrag in dieser Sitzung nicht behandelt werden (Wärm bei den Komm.). Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung. Das Wort erhält folgende

Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Das Wort von der Bülge von der deutschen Reichsregierung ist zum ersten Mal gesprochen worden von dem Reichskanzler, der seinerzeit zum ersten Mal an der Spitze der Großen Koalition stand. Die Reichsregierung ist durchaus bereit, die amtliche Aufstellung der Kriegsschuldfrage in die Hand zu nehmen, sobald sämtliche Dokumente der Deckungslosigkeit übergeben sind. (Zuruf rechts: Warum dann erst?) Es kommt nicht darauf an, ob wir überzeugt sind, sondern es kommt darauf an, die Welt zu überzeugen. Einmal handelt es sich um die Zurückweisung der Behauptung, daß Deutschland der Urheber und Anführer dieses Weltkrieges ge-

wesen ist, und zweitens um die Aufforderung an die fremden Mächte, ihre Archive zur Klärung dieser Frage zu öffnen. Können Sie (nach rechts) mir einen andern Weg zeigen, der schneller zum Ziele führt?

Wenn der Sachverständigenbericht den Satz an die Spitze stellte, daß Deutschland die Souveränität, die wirtschaftliche und finanzielle Einheit wieder haben müsse, auf seinem ganzen Gebiete, so danken wir es den Menschen, die damals gestritten haben, auch wenn sie nicht vom passiven zum aktiven Widerstand übergegangen wären. (Sehr wahr!) Es liegt nahe, daß bei der weitpolitischen Lage, in der wir uns befinden, bei unserer Machtlosigkeit, von unserem Standpunkt aus alles begrüßt werden muß, wodurch die Reparationsfrage aus der Machtatmosphäre herausgenommen wird und in die Atmosphäre der Wirtschaftsfragen hineingestellt wird. (Zuruf rechts: ewige Illusion.) Dann haben diese ewigen Illusionen sehr viele Leute gehabt, darunter auch Professor Hügel. Wenn ich diesen Namen nenne, so geschieht es deshalb weil keiner so stark wie er die große weltpolitische Tatsache unterstrichen hat, daß namentlich die Vereinigten Staaten von Nordamerika eingetreten sind in die Regelung der europäischen Verhältnisse. Denken wir an die Zeit vom Dezember 1922 und an die Rede, die der Staatssekretär Hughes hielt. Mit allem Recht hat der damalige Reichskanzler Cuno in seiner Sylvesterrede in Hamburg die sofortige Zustimmung Deutschlands erklärt. Und wer hat sich gegen diese Anrede von Hughes gewendet. Herr Poincaré war es. Von Paris aus ist sofort gesagt worden: „Wir haben nicht die Absicht, uns die Früchte unseres Sieges durch internationale Bankiers entreißen zu lassen.“

Ich glaube nicht an eine Veränderung der Atmosphäre dahin, daß die Außenpolitik aus Liebe gemacht wird. Sie wird aus eigenem weltwirtschaftlichen Interesse gemacht. Dieses Interesse der Sachverständigen nicht zu benutzen, wäre ein totaler Fehler gewesen. Was der Außenminister eines waffenlosen Staates noch hat, das ist der einheitlich auftretende Wille seines Volkes über alle Parteien hinweg, der im gegebenen Moment untrügliches zurückweist. Wir müssen diesen Einheitswillen des Volkes in den Grenzen zusammenfassen, um die wir kämpfen. Wir haben dabei schon einmal die Nichtauslieferung der „Kriegsverbrecher“ durchgesetzt. In dem Zusammenhang der Sachverständigen lag eine große Bedeutung. Ich messe all den Herren hier bei diesem Sachverständigenurtheile mitgewirkt haben, die volle Objektivität zu (nach rechts). Die Biffen, die in dem Gutachten über die Eisenbahnen enthalten sind sind durchaus objektiv. Wie denken Sie sich denn, Herr von Gröbe, die Antwort? Auch der Reichslandbund hat an die Spitze den Satz gestellt, daß Deutschland an die Entente Kriegskontributionen bis zur Grenze des Möglichen zu bezahlen habe. Was heute aus dem Ruhrschieb durch die Wicumbverträge herausgequert wird, wird von den Sachverständigen auf 1,2 bis 1,4 Milliarden Goldmark geschätzt. Unsere Brüder dort haben sich in das Unvermeidliche gefügt, aber in der festen Erwartung, daß die Reichsregierung alles tut, um diese Last so rasch wie möglich zu vermindern. Im Weltkrieg ist gesagt worden, wir hätten auch die Last der 880 Millionen Besatzungstruppen nicht auf uns nehmen sollen. Es ist doch klar, daß die ganzen Schläge dafür, daß wir nicht zahlen, von so